

„Stellungnahmen spielen wichtige Rolle“

INTERVIEW: Landtagsabgeordneter Rahe über den LEP, das Dorfsterben und Windvorranggebiete

■ **Hüllhorst/Lübbecke.** Zum 300. Seiten starken LEP-Entwurf befragte die *Neue Westfälische* den SPD-Landtagsabgeordneten Ernst-Wilhelm Rahe aus Hüllhorst.

Welche Haltung haben Sie zum LEP-Entwurf?

ERNST-WILHELM RAHE: Ein Entwurf ist eben ein Entwurf – und das bedeutet, dass er noch geändert werden kann. Ich finde zunächst einmal grundsätzlich, dass eine Landesentwicklungsplanung ein sinnvolles und vernünftiges Instrument für die Entwicklung der Regionen in NRW ist. Das hat übrigens bislang auch niemand bezweifelt.

Unterstützen Sie die sogenannte Detmolder Erklärung?

RAHE: Die SPD-Fraktion im Regionalrat, die SPD-Abgeordneten aus OWL im Landtag und der SPD-Regionalvorstand OWL waren an der Formulierung der Detmolder Erklärung maßgeblich beteiligt. Selbstverständlich unterstütze ich daher diese Initiative aus OWL.

In welchen Punkten besteht Überarbeitungsbedarf?

RAHE: Das Land NRW hat unterschiedliche Strukturen. Dem muss auch die Landesentwicklungsplanung gerecht werden. Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden, denn für den ländlichen Raum können nicht die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie für den industriellen Ballungsraum an Rhein und Ruhr. Das ist wohl der Kern der Diskussion bei der Überarbeitung des Entwurfes.

Gerade bei Gewerbeansiedlungen steht der Altkreis Lübbecke in Konkurrenz zu Niedersachsen. Hat Düsseldorf das im Blick?

RAHE: Diese Konkurrenzsituation

ist immer wieder mal ein Thema bei den Diskussionen in Düsseldorf.

Kleine Ortschaften könnten zu Gunsten größerer Zentren in ihrer Entwicklung gefährdet sein. Wird damit nicht das Sterben der Dörfer befördert?

RAHE: Nein, kleinere Ortschaften werden nicht durch den LEP gefährdet, sondern durch den demografischen Wandel. Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen vor allem in den kleineren Orten, macht es keinen Sinn, die weitere Zersiedelung der Landschaft zu fördern. Es gibt aber besondere Situationen in Dörfern, darum brauchen wir Ausnahmen. Es kommt aber vor allem darauf an, dass engagierte Menschen in den Dörfern Zukunftskonzepte erarbeiten. Dafür gibt es im Altkreis zahlreiche gute Beispiele.

Wie werden Sie bei den weiteren Beratungen die Interessen des Kreises vertreten?

RAHE: Die elf SPD-Landtagsabgeordneten aus OWL sind mit der SPD-Regionalratsfraktion regelmäßig im Gespräch mit der Staatskanzlei. Gemeinsam vertreten wir die Interessen unserer Region. Ich bin sicher: Der später beschlossene LEP wird anders aussehen, als sein jetzt vorliegender Entwurf.

Welchen Einfluss messen Sie den kritischen Stellungnahmen der Kommunen bei den weiteren Beratungen zu?

RAHE: Es ist gut, wenn die Kommunen ihre Kritik äußern und dies in ihren Stellungnahmen deutlich machen. Hierzu hat das Land ja ausdrücklich aufgefordert. Die Detmolder Erklärung ist das gemeinsame überparteiliche Dach der Region OWL. Ich bin sicher: Die



Aus Hüllhorst: Ernst-Wilhelm Rahe (SPD). FOTO: SARAH JONEK

Stellungnahmen werden bei den weiteren Beratungen eine wichtige Rolle spielen.

Gibt es auch positive Resonanz?

RAHE: Von den 125 Zielen und Grundsätzen im LEP-Entwurf kritisieren wir ja in der Detmolder Erklärung nur zehn. Grundsätzlich wird doch von allen Stellungnahmen anerkannt, dass es landesweite Vorgaben für die künftige Entwick-

»Von den 125 Zielen kritisieren wir ja nur zehn«

lung geben soll. Auch wird durchweg anerkannt, dass die weitere Versiegelung von Flächen reduziert, und verstärkt – soweit vorhanden – Brachflächen zur Wiederverwertung genutzt werden sollen.

Kann es sein, dass der LEP-Entwurf vornehmlich die Handschrift der Grünen trägt und zunächst einmal eine Art Maximalforderung darstellt?

RAHE: Die Zielvorgabe, den Verbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 5 Hektar zu

begrenzen, ist ja keine Idee der Grünen. Sie geht zurück auf das Handlungskonzept der Bundesregierung, an der die Grünen weder in der letzten, noch in der aktuellen Legislaturperiode beteiligt waren. Vielmehr kommt diese Forderung ganz wesentlich auch von den Landwirten. Außerdem haben auch die CDU im Regionalrat und der ehemalige Bundesumweltminister Peter Altmeier vehement für die Reduzierung des Flächenverbrauchs gestritten.

Ein ganz heißes Eisen: Windkraft. Die geplante Zwangsausweisung von Windvorranggebieten durch den Regionalplan dürfte für erheblichen Wirbel sorgen. Wollen Sie das wirklich?

RAHE: Es kann und wird keine Zwangsausweisung von Windkraft geben. Das ist ein Gerücht und nicht haltbar. Außerdem: Die Ausweisung von Windvorranggebieten schafft doch für die Kommunen erst Planungsfreiheit. Verzichtet die Kommune, verzichtet sie auf ihr Recht, den Zubau von Windkraftanlagen zu steuern. Ganz aktuell haben wir doch in Stewede genau diese Diskussion.

Mussten Sie als SPD-Landtagsabgeordneter viel persönliche Kritik einstecken?

RAHE: In den letzten Monaten mussten immer wieder mal schwierige und auch umstrittene Entscheidungen getroffen werden. Im Vergleich zu anderen Auseinandersetzungen ging es beim LEP im Großen und Ganzen sachlich und ohne persönliche Kritik zu. So halten wir Abgeordneten es auch bei den Diskussionen, die wir in Düsseldorf zu führen haben. Sachliche Arbeit an den wirklichen Problemen ist wirkungsvoller als ein plakativer Schlagabtausch.